

## **Partnerschaft auf Augenhöhe:**

### **Wie Open Government das Verhältnis von Bürger zu Staat verbessert<sup>1</sup>**

Unter Befürwortern von Open Government (offener und transparenter Politik- und Regierungsformen) ist in der Regel unumstritten, dass mehr Transparenz zu mehr Vertrauen und weniger Korruption führt; mehr Partizipation zu weniger Politikverdrossenheit und zu nachhaltigeren Ergebnissen; und offene Regierungsdaten und -Dokumente eine Basis zivilgesellschaftlicher Teilhabe an politischen Prozessen und Rechenschaftslegung sind. Weniger oft diskutiert werden die gesamtgesellschaftlichen Rollenveränderungen durch mehr Offenheit und Teilhabe. Was passiert eigentlich mit dem Verhältnis zwischen Staat und Bürgern, beziehungsweise der Position der Zivilgesellschaft gegenüber dem Staat, wenn dieser offener, transparenter und inklusiver handelt?

Ein oft vorgetragenes Mantra ist, dass sich nur derjenige wirklich an Prozessen beteiligen kann, der über diese Prozesse Bescheid weiß. Ähnlich der Beziehung zwischen Kunde und Verkäufer wird durch höhere politische Transparenz die Informationsasymmetrie (einer weiß ungleich weniger als der andere) zwischen Bürgern und Staat verringert, der Bürger somit in seiner Position gestärkt. Er oder sie kann bessere Fragen stellen, informierter urteilen und ausgewogener beurteilen. Er wird vom Bittsteller oder Leistungsempfänger zum emanzipierten Gegenüber. Ähnlich verhält es sich mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (und auch wirtschaftlichen Akteuren), deren Arbeit einen anderen Charakter gewinnen, wenn sie auf fundierter informationeller Basis gegenüber dem Staat auftreten können. Der Effekt gilt übrigens auch für den Journalismus.

Eine Öffnung von Politik und Bürokratien nicht nur nach außen sondern auch unter sich selbst, erlaubt einen höheren Grad an Wissenstransfer, Koordination sowie Wettbewerbs- bzw. Verbesserungsdruck, der für alle Seiten eigentlich sehr angenehm sein kann. Konsultationen über "runde Tische" mit relevanten Akteuren zu entsprechenden Themenbereichen, proaktive Veröffentlichungspolitiken, aktive

---

<sup>1</sup> „Dieser Gastbeitrag ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 3.0 Deutschland Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/de/>.“

Einbeziehung von Organisationen in der Problemlösung oder Lösungsformulierung, all das erzeugt ein Klima des Miteinander statt des oft herrschenden Antagonismus. Die Bürger wollen, die Verbände fordern, und die Empfänger der Kritik im öffentlichen Sektor erklären, weichen aus, oder lamentieren. Viel besser ist eine kooperative Beziehung zwischen den Akteuren auf Basis eines offenen Austauschs und offener Zusammenarbeit. Expertise kann so leichter ausgetauscht, Vorhaben auf beiden Seiten frühzeitig abgeklärt und Problemlösung in Zusammenarbeit angegangen werden. Es ist eine Partnerschaft auf Augenhöhe, die Offenheit erst möglich macht, und mit Hilfe heutiger Technologien auch skalierbar ist und gar nicht einmal immer auch im wörtlichen Sinne auf Augenhöhe stattfinden muss.

Open Government bedeutet einen Kulturwandel auf beiden Seiten. Bürger und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen lernen, mit den Arbeitsweisen und Beweggründen von Politik und Verwaltung besser umzugehen, während diese lernen müssen, sich zu öffnen, Mut aufbauen müssen für Versuche, und sich einen Schritt auf den Kontrollverlust einlassen müssen, den Offenheit mit sich bringt. Open Government ist ein Demokratischer "trust fall", das Experiment bei dem sich eine Person mit geschlossenen Augen rückwärts fallen lässt, wissend dass eine Person des Vertrauens da ist und sie auffängt. Die fallende Person bringt Mut und Vertrauen mit, die auffangende Person den Einsatz und die Hilfsbereitschaft. Letztere hat mit einer Person, die sich in dieser Situation nicht fallen lassen möchte wohl genau so viele Probleme wie andere mit einem schmerzhaften Aufschlagen auf dem Boden.

Unsere Gesellschaft hat heute die technischen und strukturellen Möglichkeiten einer stärker verschränkten Politik- und Verwaltungsgestaltung. Die finanziellen Rahmenbedingungen, das politische Klima und der technologische Veränderungsdruck machen ein Umdenken notwendig. Die alten Hierarchien, die isolierten Silos von Herrschaftswissen, der Antagonismus unter Akteuren, es sind Symptome eines Systems, das die heutigen Möglichkeiten nicht kannte. Neue Formen der Zusammenarbeit, basierend auf Transparenz und Offenheit, sind möglich und notwendig, wenn eine gesunde Partnerschaft zwischen Staat und Bürger gelingen soll.

**Sebastian Haselbeck** ist Geschäftsführer des Vereins Internet und Gesellschaft Collaboratory in Berlin, ein Mitglied des Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland.

**Kontakt:** [sebastian@collaboratory.de](mailto:sebastian@collaboratory.de)